

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag
17. Wahlperiode

Beschlussprotokoll

85. Sitzung
11. 05. 11
Nr. 17/1506 – 17/1549

Nr. 17/1510

Bremen nicht vom Bahnfernverkehr abhängen – Personennah- und Fernverkehr in Takt bringen – Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und ÖPNV sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Januar 2011
(Drucksache 17/1607)

D a z u

Bahnfernverkehr für Bremen verbessern und ÖPNV-Träger miteinander vertakten

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. März 2011
(Drucksache 17/1706)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt den Senat dabei, sich beim Bund und bei der Deutschen Bahn AG für die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Fernverkehrsangebots für Bremen und Bremerhaven sowie einen effektiven Lärmschutz entlang der bremischen Hauptverkehrsstrecken einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Bundesregierung, dass sie auf die jährlichen Sonderzahlungen der Deutschen Bahn AG an den Bund in Höhe von 500 Mio. € verzichtet und diese Mittel stattdessen in die Qualität und die Zuverlässigkeit des Schienennetzes und effektiven Lärmschutz reinvestiert werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Deutschen Bahn AG für eine Rückkehr zu der ICE-Kapazität zwischen Bremen und Hamburg des vorherigen Fahrplanzeitraums einzusetzen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, mit allen Bahndienstleistern über die regelmäßig notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Schienenpersonenfernverkehr im ständigen Dialog zu bleiben und ihnen gegenüber die verkehrspolitischen Interessen Bremens und Bremerhavens deutlich zu artikulieren, auch in punkto Lärmschutz.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Fahrpläne der BSAG mit den Fahrplänen der Deutschen Bahn AG, der NordWestBahn GmbH und der metronom Eisenbahngesellschaft GmbH besser abzustimmen und sich für einen integrierten Taktfahrplan (ITF) einzusetzen. Dies gilt insbesondere für Fahrten in den Tagesrandzeiten. Dazu soll die Einrichtung von Kommunikationsschnittstellen unter den Unternehmen zum besseren Erreichen von Anschlüssen im Verspätungsfall geprüft und die technische wie finanzielle Machbarkeit dargestellt werden.

Nr. 17/1511

Umleitung des Eisenbahn-Güterverkehrs prüfen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. Februar 2011
(Drucksache 17/1678)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, eine Studie über mögliche langfristige Alternativen zu den bestehenden Güterverkehrstrassen zu initiieren. Im Rahmen der Studie sollen insbesondere geprüft werden:

- a) alternative Streckenführung abseits von dicht besiedelten Stadtgebieten,
- b) Ertüchtigung bzw. Modernisierung bestehender Alternativstrecken,
- c) mögliche Neubauvarianten außerhalb städtischer Gebiete.

Nr. 17/1512

Bahnlärm jetzt verringern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. Mai 2011
(Drucksache 17/1758)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbegrenzungen für laute Züge geschaffen wird, um die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Stadtgebiete vor Bahnlärm zu schützen.
2. darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der 2012 wieder anstehenden Kartierung des Bahnlärms zur Kontrolle systematische Lärmmessungen an den Bahnstrecken durchgeführt werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine verlässliche Datengrundlage zu bieten.
3. auf Basis der Maßnahmenplanung der Deutschen Bahn AG (DB) bzw. des Bundes in Abstimmung mit dem Magistrat und der Regionalkonferenz der betroffenen Beiräte eine eigene Priorisierung der kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung an den Bahnstrecken im Lande Bremen zu erstellen und gegenüber der DB bzw. dem Bund zu vertreten.

Nr. 17/1513

Lärmschutz auf der Schiene verbessern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. Mai 2011
(Drucksache 17/1759)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1514

Mehr Lärmschutz an Bahnstrecken und Schienenfahrzeugen

Antrag der Gruppe der FDP
vom 10. Mai 2011
(Drucksache 17/1766)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Deutsche Bahn weiter zu einer deutlichen Aufstockung der Mittel für ihr Lärmsanierungsprogramm zu drängen,
2. sich dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit ein lückenloser Lärmschutz an den Hauptbahntrassen erfolgen kann,
3. sich weiter für die Förderung lärmindernder Maßnahmen an Schienenfahrzeugen und Strecken einzusetzen,
4. sich für den Austausch von veralteten Grauguss-Bremsen durch Bremsen mit K-Sohle oder LL-Sohle einzusetzen,
5. weiterhin auf die Abschaffung des Schienenbonus im Bundesimmissionsschutzrecht zu drängen,
6. sich weiterhin für eine Absenkung der Lärmsanierungswerte einzusetzen,
7. sich für lärmabhängige Trassenpreise einzusetzen und weiterhin andere Anreizsysteme für lärmindernde Zugzusammenstellungen zu unterstützen,
8. sich dafür einzusetzen, dass eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, auf deren Basis Geschwindigkeitsbeschränkungen für übermäßig laute Züge zu allen Tages- und Nachtzeiten erlassen werden können und
9. einen Beteiligungsprozess für die notwendigen Maßnahmen zur Lärmreduzierung in Bremen und Bremerhaven zu initiieren.